

GEN: NICHTS SOLL MEHR SEIN WIE ES WAR

ißtypen



© Bettina Sampl / Fotolia.com

Damit die Kirche im Dorf bleibt! Widerstand gegen die Zusperrpläne in der Bezirks- und Landesverwaltung ist nötig.

PILOTPROJEKT MURTAL

Weil der Bezirkshauptmann von Knittelfeld mit 1.1. 2012 in Pension geht, wurde überfallsartig die Zusammenlegung der Bezirke Judenburg und Knittelfeld verfügt. Die betroffenen Gemeinden erfuhren erst im Nachhinein von den Plänen. Der Bezirk Murau soll später noch in den Großbezirk eingegliedert werden.

Renate Pacher, KPÖ-Stadträtin in Knittelfeld: „Früher wurde unter ‚Bezirksreform‘ die Forderung nach Demokratisierung der Bezirkshauptmannschaften ver-

standen. Denn obwohl die Bezirkshauptmannschaften wichtige Verwaltungsorgane sind, werden ihre Vertreter nicht demokratisch gewählt, sondern von der Landesregierung eingesetzt. Statt die Demokratie zu stärken, soll nun unter dem Titel Bezirksreform von oben herab eine Zusammenlegung verordnet werden.“



MEINUNG

Claudia Klimt-Weithaler,
KPÖ-Landtagsabgeordnete

Sozialsystem im Würgegriff



„Kein Stein bleibt auf dem Andern“, schrieb eine steirische Tageszeitung über die Ankündigung der Landesregierung, den Proporz abzuschaffen. Eines ändert sich nicht: Gekürzt wird bei denen, die schon jetzt nicht im Überfluss leben, die oft nur knapp über die Runden kommen. Mit der Wiedereinführung des Pflegegresses wird tief in die Taschen der Menschen gegriffen.

Gleichzeitig leben in Österreich viele Superreiche. Personen, die mehr als 100 Millionen US-Dollar besitzen. Der Unterschied: Während bei Behinderten, bei Kindern, bei Pflegebedürftigen schnell der Sparstift angesetzt wird, sind Vermögenssteuern für diese Gruppe kein Thema. Den „Fleißigen“ dürfe man nichts wegnehmen, heißt es immer, wenn Kritik daran laut wird, dass in Österreich eine Handvoll Superreicher fast die Hälfte des Vermögens im Land besitzt und dazu auch die Politik im Land diktiert. Aber wie fleißig muss man sein, um sich so viele Milliarden anzueignen? Und wie faul wären nach dieser Logik alle, die jeden Tag arbeiten gehen, auch so manchen Sonn- und Feiertag

bereit stehen müssen, ohne je zu Reichtum und Vermögen zu kommen?

Die Werte werden von den Arbeitern und Arbeiterinnen, den Angestellten, den Unter- und Unbezahlten geschaffen. Viele können sich kaum noch etwas leisten und werden jetzt auch noch von der Landesregierung ausgesackelt. Unter dem Eindruck der Schuldenkrise, von den Regierungsparteien selbst zu verantworten, gilt es in den Augen mancher Medien sogar als „mutig“, die Bevölkerung für eine verfehlte Politik büßen zu lassen. Erstaunlich ist nur, wie locker die Milliarden fließen, wenn die Börsenkurse fallen und wieder einmal ein EU-Land vor dem Staatsbankrott steht. Dabei geht es den Mächtigen nicht darum, die Menschen in diesen Ländern abzusichern. Sie setzen sich dafür ein, dass die Milliarden an die Banken weiter fließen – und nicht in Krankenhäuser, Pflegeheime und Schulen, sondern in die Taschen der Superreichen, die es in allen Ländern gibt, wenn auch nicht so zahlreich wie in Österreich.

Claudia Klimt-Weithaler
Tel. 0316 / 877 5104
ltk-kpoe@stmk.gv.at



KPÖ – damit wir uns das Leben wieder leisten können